

PIÄDOYER

für die **DISKUSSION** der theoretischen **GRUNDLAGEN**

der **WIRTSCHAFTSPOLITIK** in der **BRD**

im allgemeinen und in der **FDP** im besonderen

(Begründung dafür, warum das Manuskript „ARBEITSLOSIGKEIT - Ursachen - Wirkungen - Lösungen -“, vervielfältigt und den FDP-Mitgliedern als Diskussionspapier zur Verfügung gestellt werden sollte)

von **Tristan Abromeit**

(auszugsweise gehalten auf der Sitzung des LFA für Wirtschaftspolitik am **18.02.1978** in Hannover)

Sehr geehrter Herr Rau, ich danke Ihnen dafür, daß Sie mir in Ihrer Eigenschaft als Ausschußvorsitzender die Möglichkeit geben, hier meinen Antrag auf Vervielfältigung meines Manuskriptes „ARBEITSLOSIGKEIT“ zu begründen.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich dafür, daß sie bereit sind, mir zuzuhören.

Insbesondere bedanke ich mich bei Herrn Wiedemann, der für eine Anzahl von Ausschußmitgliedern das Manuskript als Beurteilungsgrundlage fotokopiert hat. Dies ist nicht selbstverständlich.

Ich habe nun nicht vor, den Inhalt meiner Schrift hier vorzutragen (ein Teil der Anwesenden hatte bereits Gelegenheit, den Text zu lesen, die anderen Parteifreunde werden hoffentlich dazu in die Lage versetzt), sondern ich werde versuchen, Ihnen den politischen und wissenschaftlichen Hintergrund meiner Gedanken zu verdeutlichen.

In der Begründung zu meinem schriftlichen Antrag vom 16.01.1978, den die Teilnehmer der Sitzung vom 21.01.1978 (es war mein 44. Geburtstag) in schriftlicher Form erhalten haben, habe ich Ralf Dahrendorf zitiert, der in „Die Zeit“ Nr. 35/77 unter anderem schrieb: „Der sozialliberale Konsens bröckelt an seinen Rändern, ist indes keineswegs passé: Das biedere Dreigestirn Schmidt - Genscher - Kohl könnte in einer Regierung sitzen, jedenfalls was politische Programme betrifft. Die neuen Herausforderungen kommen von den Rändern dieser Position. Das ist das hervorstechende Merkmal der neuen politischen Szene: Nicht nur die Idee der Modernität, sondern eine ganze politische Ideenwelt ist erschöpft - sozialliberal, sozialdemokratisch, soziale Marktwirtschaft.“ ...

„Die neuen Kräfte an den Rändern sind vergleichsweise schwach an politischer Unterstützung; sie sind zugleich stark an Ideen in einer ansonsten erschöpften Welt. Sie und die Reaktion auf sie bestimmen die politische Zukunft.“ .

„Um die politische Phantasie anzuregen, können wir uns unter den geschilderten Umständen schwerlich auf die politischen Parteien verlassen. Was wir brauchen, ist eine öffentliche Diskussion politischer Möglichkeiten.“ .

Ich teile Dahrendorfs Beurteilung der politischen Szene und fühle mich diesen Kräften an den Rändern zugehörig.

Für die hintere Umschlagseite meiner Schrift habe ich folgenden Text formuliert:

ARBEITSLOSIGKEIT ist ein Thema, mit dem sich gezwungenermaßen viele Zeitgenossen auseinandersetzen müssen.

Diese Schrift wendet sich an die unmittelbar betroffenen arbeitslosen Arbeitnehmer (die ja die eigentlichen Arbeitgeber sind, denn ihre Arbeit will keiner nehmen) sowie Hochschulabsolventen, die bemüht sind, ihre eigene Lage verstehen zu lernen. Diese Schrift wendet sich aber auch an Studenten der Sozialwissenschaften, an Volks- und Betriebswirte und Wirtschaftspolitiker, die sich noch die Zeit nehmen, theoretische Texte zu lesen.

Angeboten werden ungewohnte marktwirtschaftliche Denkansätze zum Problem Arbeitslosigkeit, die die Arbeitslosen entlasten und zu einer brauchbareren Kapitalismuskritik hinführen, als sie von Marxismus angeboten wird.

Der Text enthält eine Vielzahl von Quellenhinweisen, die für das weitere Studium des Lesers nützlich sind.

Gemäß der zweiten Zielsetzung dieser Schrift soll in ihr auf Informationsquellen hingewiesen werden, die in der Wirtschaftswissenschaft sträflich vernachlässigt wurden. Das darf nicht als eine platte Mission für eine Ökonomieschule angesehen werden.

Angesprochen ist hier der kritische, nicht der gläubige Leser. Ein kritischer Leser ist aber nur der, der sich in das Niemandsland zwischen gläubiger Ablehnung und gläubiger Aneignung von Theorien vorwagt.

Für den Fall, daß es mir mit meiner Einleitung noch nicht gelungen ist, bei allen Anwesenden das Interesse für meinen Vortrag hier zu wecken, werde ich für alle Fälle eine Art Publikumsbeschimpfung vornehmen, indem ich einen Ausschnitt eines Gesprächs zwischen mir und meiner Freundin wiedergebe. Zum besseren Verständnis: Sie hatte mir vor einiger Zeit das Buch „Brandstellen“ von Franz Josef Degenhardt zum Lesen hingelegt.

Freundin : Hast Du den Degenhardt schon gelesen?"

Jeh: Den kann ich doch f r mein Referat nicht gebrauchen."

Freundin: „Vielleicht doch!“

Feh: Ja, ich werde meine Parteifreunde fragen, ob sie mir einen ‚Degenhardt‘ unter den Liberalen nennen können. Denn, wenn der Liberalismus, der auch heute noch eine potentielle friedliche Revolution darstellt, nicht von den Krümmerseelen, Verbandsfunktionären, angestrichelten Mächtigern, politischen-geistig kastrierten Unternehmern mit Angestelltenvertretern, den Großaktionären und den Bürokraten in den Ministerien zu einer Besitzstandsbewahrungsideologie verflacht worden wäre, dann könnten wir sicher TAUSSEND ‚Degenhardts‘ zu den Unsrigen zählen.“

Freundin: „Der Liberalismus soll eine revolutionäre Idee sein? Und 1.000 ‚Degenhardts‘ würden singend und schreibend für ihn eintreten?“

*Feh: Ja, der Liberalismus ist eine revolutionäre Idee, er kann bei konsequenter Anwendung mehr leisten als die Kommunisten, Christen und Anarchisten zu träumen wagen. Aber das ist etwas, was die politischen Vertreter des Liberalismus auch noch nicht begriffen haben. Zudem ist der Begriff Liberalismus so mit vergangenen und heutigen Fehlentwicklungen belastet, daß für das, was gemeint ist, ein neuer Begriff geprägt werden muß. Feh behelfe mich z.B. mit dem Begriff konsequente Marktwirtschaft.
Die 1.000 ‚Degenhardts‘ sind weltweit gemeint.*

Wie schwierig das Geschäft der konstruktiven Kritik gegenüber der Anhängerschaft der jeweiligen Gesellschaftsordnung ist, will ich mit zwei Zitaten verdeutlichen:

Rudolf Bahro schreibt in seinem Buch „Die Alternative“, dessen Veröffentlichung hier im Westen ihm die Freiheit gekostet hat, nachdem er die Grundelemente des Kommunismus aufgezählt hat:

„Das ist der Kommunismus von Marx. Menschen, die das Ganze dieser vier Ziele verfolgen, oder seien wir bescheidener: die wenigstens an der Überzeugung von ihrer Notwendigkeit und Realisierbarkeit festhalten, können sich im Marxschen Sinne Kommunisten nennen. In den meisten Ländern des ‚realexistierenden Sozialismus‘ kann man sie mit der Laterne suchen, und gerade unter den ausgebildeten Ideologen findet man privat meist nur ein ironisches Lächeln für solche ‚Illusionen‘ wie die von einer Aufhebung der Arbeitsteilung, von einem Ende der Herrschaftsverhältnisse und des Staates. Wir hätten ganz andere Probleme‘ und man kritisiert höchstens die Kümmerlichkeit der Rezepte, nach denen die Bürokratie ‚reformiert‘.“ (S. 35)

Felix Binn zitiert in seiner Schrift „Konsequenter Monetarismus“ Lord Keynes, der geschrieben hat:

„Weltliche Weisheit lehrt, daß es der Reputation besser bekommt, konventionell zu irren, als unkonventionell recht zu haben.“ (S. 24)

Ich selber, der ich versuche, mit meinen bescheidenen intellektuellen und sprachlichen Möglichkeiten in unseren Beratungen und vor unseren Beschlüssen darauf hinzuweisen, daß das, was wir da gerade empfehlen oder beschließen, gegen das Prinzip Marktwirtschaft verstößt, werde dafür als „Idealist“ beschimpft.

Die Arbeitslosigkeit und andere ökonomische Übel vergangener Zeiten und unserer Tage werden der Marktwirtschaft als systemimmanent angehängt.

Ich will daher die politische Dimension des Problems beschreiben.

Wir alle wissen es oder können es beobachten. Die Verfechter der Marktwirtschaft sind weltweit in der Defensive, wenn nicht gar auf der Flucht. Die heutige politische und akademische Jugend hält im allgemeinen soviel von ihr wie der Kaufmann vom Konkurs seiner Unternehmung.

Wir können, wenn wir unser geistiges und soziales Anliegen noch ernst nehmen und unsere Vorstellung von einer freiheitlichen Existenz auch morgen noch eine Chance der politischen Realisierbarkeit geben wollen, die Wunde ARBEITSLOSIGKEIT nicht mit einem Schönheitspflaster zukleben.

Auch Hautverpflanzungen sind im ökonomischen Bereich keine akzeptablen Rezepte. Jahrelang wurde mit der dosierten Inflation die Arbeitslosigkeit vermieden, bis die transplantierte Haut „Inflation“ selbst zum Krankheitsherd wurde. Die Rückverpflanzung dieses Hautteiles, die Stabilitätspolitik, die mit bürokratischen Instrumenten durchgeführt wurde, weil die Wiederentdeckung des Instruments „Quantitätstheorie des Geldes“ dem Bewußtsein der Wirtschaftspolitiker noch nicht zur Verfügung stand, hat dem Volkswirtschaftskörper neben den alten neue Wunden zu gefügt.

Ob ich es wünsche oder nicht, ob Sie es wollen oder nicht: Wir werden von den Fakten gezwungen werden, die theoretischen Grundlagen unseres politischen Handelns von Grund auf zu überprüfen. Wir können nicht immer so tun, als ob wir so viel klüger wären als unsere Vorgänger. Wir können es uns nicht leisten, uns gegenseitig oder gemeinsam andere wegen der Verwendung der Begriffe „Anarchie“, „Sozialismus“ und „Liberalismus“ zu diffamieren. Wenn wir uns etwas genauer das anschauen, wofür diese Begriffe stehen, werden wir feststellen, daß die Völker dieser Erde für die Gestaltung ihrer nationalen Gesellschaftsordnungen und ihrer weltweiten Verknüpfung Elemente aller dieser geistig politischen Strömungen der vergangenen Zeit künftig benötigen.

Ich rede nicht einer Gesellschaftsordnung das Wort, die aus einem Mischmasch von Gedanken konstruiert wird, sondern ich sage, daß die Begründungen für die Entwicklung einer marktwirtschaftlichen Ordnung (wir haben sie noch nicht) in der Literatur über Anarchismus, Sozialismus und Liberalismus zu finden sind.

Wir als Liberale können es uns z.B. nicht leisten, daß wir Marx den konservativen Marxisten überlassen. Den bereits zitierten Bahro verstehe ich z.B. als einen freiheitlichen Marxisten, der, indem er dem föderativen Prinzip und der Idee der freien Assoziation (S. 542) das Wort redet, auf dem Weg zur Marktwirtschaft ist.

Bahro weist nach, daß der praktizierte staatliche Zentralismus in den sozialistischen Ländern nicht Marxens Ideenwelt entstammt. Er weist darauf hin, daß Marx selber auf die Gefahren des Zentralismus hingewiesen hat, indem dieser aus dem Buch „Staatlichkeit und Anarchie“ von Bakunin zitiert.

Wenn wir die Situation bei uns in der Bundesrepublik charakterisieren wollen, dann brauchen wir nur den Titel des Spiegel-Reports über die Krise des Versorgungsstaats (Nr. 5/78) zitieren, der da heißt: „Das stimmt an keiner Ecke mehr.“ Und die Deutsche Bundesbank zitiert in ihren „Auszügen aus Presseartikeln“ (Nr. 10/78) die „Frankfurter Rundschau“ vom 26.01.1978 in dem es heißt:

„Neuigkeiten oder gar Überraschungen waren von dem jetzt vom Bundeskabinett verabschiedeten Jahreswirtschaftsbericht nicht mehr zu erwarten. Nach der Flut von Prognosen und Empfehlungen, die seit dem vergangenen Herbst über die Bürger hinwegrollte - von den Konjunkturforschungsinstituten über den Sachverständigenrat bis hin zu den diversen Einzelkämpfern in Sachen Wirtschaftsprophetie -, konnte auch Bonn nicht anders, als nachzuvollziehen, was inzwischen zum öffentlichen Glaubensgut geworden ist: ein Wirtschaftswachstum von höchstens 3,5 Prozent, ausbleibende Fortschritte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, weitere Preisbe-ruhigung und schrumpfende Außenhandelsüberschüsse. . .

Zwischen den Zeilen bedeutet diese Bescheidenheit Abschiednehmen von dem bisher mit Entschlossenheit vorgetragenen Glauben in die Wachstumskräfte, die alles schon regeln würden, was sich an wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufürmen werde. Nun hat die Bundesregierung eigentlich nichts mehr, was sie als Silberstreifen am Horizont des verdüsterten Arbeitsmarktes vorzeigen könnte. Sie selbst hat alle ihre Instrumente ausgereizt und nicht einmal die Lohnpolitik hat für sie jene Bedeutung wie für die 'fünf Weisen'!...“.

Dem Präsidenten der IHK Frankfurt, Dietz, ist sicher zuzustimmen, wenn er für die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufschlußreichere Analysen fordert. (FAZ vom 23. 1. 1978)

Bessere Arbeitslosenstatistiken mögen ein Hilfsmittel der Erkenntnis sein, schaffen das Problem selbst aber nicht aus der Welt, vermehren aber die Gefahren des Bürokratismus.

Die Rolle der FDP ist in der heutigen Zeit keine beneidenswerte, denn bei ihrem Anspruch, die einzige politische Organisation des Liberalismus zu sein, muß sie sich gefallen lassen, wenn ihr gesagt wird, daß die Teilhabe an der politischen Macht nicht genügt und einzig und allein ihre Taten in der Vergangenheit und ihr manifestiertes Wollen für die Zukunft in die Waagschale geworfen werden kann.

Für die Vergangenheit ist nun aber zu sagen, daß die FDP die Idee einer freien Gesellschaft in sozialer Gerechtigkeit durch die Mitgestaltung der Wirklichkeit genauso verhunzt hat wie die CDU und SPD. Dies Erbe müssen auch diejenigen FDP-Mitglieder mittragen, die noch nicht lange der Partei angehören (sie bilden einen erheblichen Prozentsatz der Gesamtmitgliedschaft). Obwohl innerhalb der FDP im Vergleich zu den anderen politischen Parteien in jüngster Zeit intensiv über wirtschaftspolitische Inhalte diskutiert wurde, bleiben bei der Bewertung des Ergebnisses nicht viel Pluspunkte übrig.

Die jüngst beschlossenen Kieler Thesen taugen für eine konsequent marktwirtschaftlich orientierten

tierte Wirtschaftspolitik genau- so viel oder genauso wenig wie die Bibel.

Die Hilflosigkeit oder die Orientierungslosigkeit der FDP kann man auch an Äußerungen ihrer prominenten Vertreter demonstrieren. Wenn ich jetzt unsere Parteilandin Helga Schuchardt erwähne, dann will ich damit nicht das Problem personalisieren und will ihr auch keine illiberale Gesinnung unterstellen. Ich wäre froh, wenn wir eine solche Frau in unserem Landesvorstand hätten.

Im Mai 1977 hat die Evangelische Akademie Loccum eine Tagung abgehalten mit dem Thema „Der Streit um die Neuordnung der Weltwirtschaft“. In den Loccumer Protokollen 3/77 ist nachzulesen, daß Frau Schuchardt sich als „ein ganz entschieden überzeugter Marktwirtschaftler“ versteht. In dem weiteren Text befürwortet sie aber fortwährend Eingriffe in den Markt und begründet dies unter anderem wie folgt:

„Wenn es heißt, soziale Marktwirtschaft, heißt das bereits keine freie Marktwirtschaft und direkte Eingriffe in den Markt.“ Die Leute, die sich soziale Marktwirtschaftler nennen, vergessen dies bloß immer gleichzeitig zu erwähnen.“

Frau Schuchardt übersieht, daß der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ zwar nicht nach offizielle Definition, doch entsprechend den Fakten für ein System des Interventionismus steht. Die Störungen, die wir auf dem Binnenmarkt haben und die sich international so unangenehm bemerkbar machen, beruhen nicht darauf, daß wir zuviel Markt haben, sondern zu wenig. Der Markt muß frei von staatlichen Interventionen und von privaten Monopolen sein, wenn er im Großen wie im Kleinen seine soziale Funktion ausüben soll. Die Freiheit ist ein Bestandteil des Begriffes „Marktwirtschaft“! Eine „freie Marktwirtschaft“ ist wie der weiße Schimmel eine Tautologie. Jede andere Beifügung - auch wenn sie „sozial“ genannt wird - ist eine Einschränkung. Das bedeutet nun nicht, daß Marktwirtschaft etwas ist, was von selber funktioniert.

Im Gegenteil, die Marktwirtschaft ist ein sensibles kybernetisches Steuerungssystem - welches vom menschlichen Geist in -zig Generationen entwickelt wurde und nur darum anderen Systemen überlegen ist, weil es der Natur des Menschen am angepaßtesten ist - und nur dann funktionieren kann, wenn alle Blockierungen ausgeräumt werden.

Meine Arbeit „Arbeitslosigkeit“ ist der Versuch, einen der Hauptblockierungsmechanismen aufzuzeigen und anzudeuten, wie diese Blockierungen aufgehoben werden können. Ich hätte das sicherlich einfacher und direkter beschreiben können, nur ist das Einfache heutzutage grundsätzlich verdächtig. Auch ist der Zugang zum Einfachen, in der Natur der Sache Liegenden, oft schwieriger als der Zugang zum Konstruierten.

Wir wissen alle, daß bei uns weltweit ökonomische Veränderungen kommen müssen. Wir wissen auch, daß die Existenz der FDP bei den Wahlen jeweils von wenigen Prozentpunkten, ja manchmal von Bruchteilen eines Prozentes der Gesamtstimmen abhängt. Ich kann mir schlechterdings vorstellen, daß die FDP länger ein Akteur der politischen Szene bleibt, ohne eine Grundsatzentscheidung für eine konsequente Marktwirtschaft zu treffen. Die Hoffnung auf die Konvergenz der Systeme ist trügerisch. Stabil kann eine Gesellschaft nur sein, wenn sie sich tendenziell zu dem jeweils gewählten Idealtypus der Wirtschaftsordnung hinentwickelt.

Die Vermeidung dieser Grundsatzentscheidung bedeutet, daß die nachwachsende Generation der FDP die Mitgliedschaft versagt. (In meinem Ortsverband Neustadt a. Rbge. haben wir nicht ein einziges Mitglied, das man als „noch jugendlich“ bezeichnen könnte.) Zu recht ungeduldige Mitglieder und Wähler wechseln die Partei oder versuchen ihr Heil in einer Neugründung, wie z.B. das ehemalige Mitglied unseres Ausschusses, Rudolf Nicklas aus Wolfsburg, der sich an der Gründung der Fortschrittspartei beteiligt. Er rief bei mir an, ob er ein Papier von mir, das auch Ihnen bekannt ist, als politische Arbeitsgrundlage verwenden dürfe.

Eine solche Anfrage löst natürlich die Frage aus: „Bin ich hier in der FDP fehl am Platze?“ Da ich noch Hoffnung auf Verständigung habe, habe ich die Frage für mich mit Nein beantwortet.

Die Grüne Liste Umweltschutz (GLU), die der SPD bei den nächsten Landtagswahlen die erhoffte absolute Mehrheit und der FDP den erneuten Einzug in den Landtag kosten kann, verdankt ihre Existenz dem Fehlverhalten der SPD und FDP. Ein wesentlicher Motor dieser GLU war und ist der Kreistagsabgeordnete und Oberstudienrat Georg Otto in Hildesheim. Georg Otto hat Anfang der 70er Jahre die Mitgliedschaft in der FDP beantragt. Man zeigte ihm seitens der FDP Desinteresse. Er hat dann erfolgreich für die SPD gearbeitet - bis ein Hochschulökonom in seinem Unterbezirk auftauchte und den Genossen sagte, die von Otto vertretenen ökonomischen Theorien seien Quatsch, man solle ihn aus der Partei ausschließen. Georg Otto vertritt das, was ich hier auch Ihnen unterbreite, nur mit einem der SPD angepaßten sozialistischen Zungen-schlag.

Es ist ein Faktum, wenn ich zu politisch interessierten Leuten spreche, die sich als fortschrittlich oder sozial verstehen, dann sinkt die Bereitschaft, mir zuzuhören, abrupt, wenn ich sage, ich gehöre der FDP an. Die FDP, die Partei der Freiheit, soll fortschrittsfeindlich sein. Ist das möglich?

Nun zu den gängigen Erklärungsversuchen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Die Diskussion um die Ursachen der Arbeitslosigkeit dreht sich im Kreise. Wer hofft, z.B. aus einem ganzseitigen Beitrag des geschäftsführenden Gesellschafters der Friedrich Flick KG, Eberhard v. Brauchitsch, in „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ (05.02.1978) zu erfahren, wie das Problem zu lösen ist, sieht sich enttäuscht. Auch wenn dieser Beitrag unter der Schlagzeile „Aus Erfahrung und Erkenntnis: Marktwirtschaft tut not“ offeriert wird und Lösungswege im Untertitel versprochen werden.

Wenn v. Brauchitsch auch Ursachen aufzählt, die einer Vollbeschäftigung im Wege stehen, so kennt oder nennt er die Hürde, bestehend aus dem Rentabilitätsprinzip, nicht, die einer Fortentwicklung der Marktwirtschaft - dazu gehört die konstante Vollbeschäftigung - im vorwiegend privatrechtlich geprägten Kapitalismus im Wege stehen.

Das soziale Netz, das zu einer Fessel des Fortschritts geworden ist, der Bürokratismus und die Entmutigung der Unternehmer durch Diskriminierung und die Infragestellung der Wirtschaftsordnung ohne Beschreibung einer positiven Alternative sind nur Nebenursachen.

Mangelnde Bildung, Strukturschwächen und Rationalisierungen sind dagegen keine Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Die FAZ berichtet in ihrer Ausgabe vom 09.01.1978 über eine Studie der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen: „Im Gegensatz zu einer häufig geäußerten Vermutung liege die heutige Arbeitslosigkeit kaum an der ungenügenden Ausbildung. Nach Feststellung der ECE seien die Anforderungen an die Beschäftigten trotz gewaltiger technologischer Umstellungen kaum gestiegen, so daß es eine große Zahl von ‚Übergebildeten‘ gäbe.“

Und zur Rationalisierung heißt es an anderer Stelle: „In diesen sechs Ländern wurden zwischen 1965 und 1974 jährlich insgesamt rd. 225.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, wobei gleichzeitig 71.500 Arbeitsplätze überflüssig wurden.“ ...

„Die Investitionen der Unternehmer seien zu 85 Prozent darauf ausgerichtet gewesen, die Produktionsmenge zu vergrößern und nur zu 15 Prozent, um auf Kosten von Arbeitsplätzen zu rationalisieren.“

Und Elimar Rosenbohm gibt in der Zeitschrift „mensch - technik - gesellschaft“, Folge 35, Aug. 77, auf die Frage: „Gibt es eine technologische Arbeitslosigkeit?“ eine eindeutige verneinende Antwort. Er schreibt unter der Zwischenüberschrift „Die Unternehmen haben nur Arbeitsplätze ‚wegrationalisiert‘“: „Diese These wird mit Einzelbeispielen präzise belegt. Solche Einzelbeispiele sind aber gesamtwirtschaftlich so uninteressant wie der Konkurs einer Firma für ihre Branche oder für die Konjunktur. Eine Untersuchung über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Rationalisierung oder über den technischen Fortschritt schlechthin darf sich nicht allein mikroökonomisch orientieren.“

Und Christian Brinkmann vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, kommt in seinem Vortrag zum Thema „Trotz Arbeitskräftemangel Arbeitslose“ am 09.12.1977 in der Evangelischen Akademie Loccum zu dem Schluß, daß mit einer Strukturpolitik sich die Arbeitslosigkeit nicht beheben läßt, da die Strukturschwächen im direkten Zusammenhang mit der Gesamtkonjunkturlage stünden. Nach seinen Erkenntnissen lösen sich die Strukturschwächen bei globaler Vollbeschäftigung auf.

Am häufigsten werden als Ursache für die Arbeitslosigkeit die zu hohen Lohnkosten erwähnt. Man kann auch direkter sagen: Die mangelnde Rentabilität des Kapitals verursacht den Nachfrageausfall mit der Folge der Unterbeschäftigung. Werner Onken schreibt in einem Beitrag, der in der Zeitschrift „mtg“ veröffentlicht werden soll, mit dem Thema „Gerechte Einkommensverteilung und Konjunkturstabilität durch Finanzpolitik?“:

„Im Laufe der Hochkonjunktur in der ersten Hälfte der siebziger Jahre verzeichnete die Lohnquote eine ansteigende Tendenz, und erreichte 1974 und 1975 mit 71,5 % ihren höchsten Stand. In umgekehrter Richtung entwickelte sich in diesem Zeitraum die Rentabilität. So beklagt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Reduzierung der Eigenkapitalrendite der industriellen Aktiengesellschaften um 4,4 % von 9,5 % auf 5,1 %.,, (5. 15 d. Manu-

skriptes)

Vor der Lohnquote und Kapitalquote liegt die Weggabelung, wo sich die FDP mit Rolf Breitenstein (Theodor-Heuss-Akademie - siehe Frankfurter Rundschau vom 09.11.1977 und SG-Kommentare Nr. 12, Dez. 77/Jan. 78) fragen muß, ob die FDP es sich leisten kann, das Thema „gerechtere Einkommensverteilung“ zu den Akten zu legen.

Ein Organ der Evangelischen Kirche hat sich in der allgemeinen ökonomischen Verwirrung entgegen der Jahrhunderte alten ethischen Grundhaltung für das Kapital und gegen die Arbeit entschieden. (Quelle: ein mündlicher Bericht in der Ev. Akademie Loccum)

Mit einer ähnlichen Entscheidung durch die FDP verlöre diese ihre Existenzberechtigung.

Wie Sie gemerkt haben, vertrete ich hier eine ungewöhnliche Position. Dies wird mir ermöglicht durch die Kenntnis der Inhalte der Freiwirtschaftsschule.

Aber, so wie keine andere Ökonomieschule nur aus sich selbst schöpft, so ist auch die Freiwirtschaftsschule ohne die liberalen und sozialistischen Denker aller Zeiten nicht denkbar. Zuzuordnen ist sie den liberalen Schulen, die das Individuum als selbständiges und selbstverantwortliches Subjekt des ökonomischen und sozialen Geschehens in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellen und nicht das Kollektiv. Sie hat sich entwickelt zum Teil im Widerspruch und zum Teil in Ergänzung anderer Theorien. Sie wurde von dem Praktiker Silvio Gesell (1862 - 1930) begründet, von anderen Zeitgenossen weiterentwickelt, durch später entdeckte alte Quellen und Arbeiten von Nachgeborenen bestätigt. Im besonderen Blickpunkt des Interesses standen immer das Geld als ein künstliches Monopol und der Boden als ein natürliches Monopol.

Die besonderen Leistungen von Gesell waren: die Entwicklung der Urzinstheorie, die brauchbare und überprüfbare Erklärung der Konjunkturschwankungen und die Entwicklung der Mittel zu ihrer Verhinderung.

Die Freiwirtschaftsschule kann die verschiedenen Teile ihrer Lehre mit Aussagen berühmter Gelehrter aus der Vergangenheit und der Jetztzeit belegen. Ich nenne in einer willkürlichen Auswahl: Moses, Diogenes (derjenige, der im Faß wohnte und von 412 - 323 v. Chr. lebte), Oresme (1325 - 1382), Smith (1723 - 1790), Mill (1773 - 1836), Proudhon (1809 - 1865), Kopernikus (1473 - 1543) und auch die Verhandlungsberichte vom 1. Zionistenkongreß, der 1897 in Basel stattfand, gehören in diese Aufzählung.

(Anmerkung vom Feb. 2001: Der Text „Verhandlungsberichte“ soll eine Fälschung sein. Ich bezog mich damals auf das, was ich zu dem Zeitpunkt gelesen habe.)

Selbstverständlich sind die Vertreter der neoliberalen Schule hier anzuführen. Ich nenne hier nur Eucken und Röpke. Keynes, der die Wirtschaftspolitik der Neuzeit bis in unsere Tage hin ein geprägt hat, gehörte zu denen, die von Gesell profitierten. Seine Ursachenanalyse der Konjunkturschwankungen und sein Ziel, den „sanften Tod des Kapitalrentners“ herbeizuführen, stimmen weitgehend mit Gesell überein. Da er vermutlich den bei Wissenschaftlern nicht selten anzutreffenden falschen Ehrgeiz hatte, unbedingt etwas Originäres zu schaffen, hat er eine eigene Therapie entwickelt, die uns vielen wirtschaftspolitischen Kummer bereitet hat.

Milton Friedman wurde mit dem Nobelpreis für etwas ausgezeichnet, wofür die „Freiwirte“ jahrzehntelang nur Spott geerntet haben. Er wurde ausgezeichnet dafür, daß er die alte Quantitätstheorie des Geldes wieder zum Bestandteil des ökonomischen und wirtschaftspolitischen Instrumentariums gemacht hat.

In diesen Tagen erhielt ich die Rohübersetzung einer in französischer Sprache geschriebenen und 1975 veröffentlichten Studie von Santiago Fernandes aus Rio de Janeiro. Die Studie hat zum Inhalt die Dialektik des dynamischen Gleichgewichts von Boisguillebert, bestätigt durch die von Marx.

Diese Studie beweist wieder einmal, daß Karl Marx (1818 - 1883) völlig unterschiedliche Dinge geschrieben hat. Wenn er zitiert wird, müßte man jedesmal fragen, ob der kommunistische oder liberale Marx gemeint ist. Außerdem, wenn Gesell Marx besser gelesen hätte, hätte er gemerkt, daß er gar nicht so durchgängig im Gegensatz zu ihm stand, wie er wahrscheinlich vermutet hat.

Und nun zu Boisguillebert, der von 1646 bis 1714 in Frankreich lebte und lehrte. Seine Aussagen decken sich erstaunlich genau mit denen von Gesell. Ich gebe ein paar Absätze von dem wieder, was Fernandes schreibt und zitiert:

„Jede Anstrengung Boisguilleberts in seinen Werken, die Marx sehr stark beeindruckten, hatte als Ziel, aufzuzeigen, daß die Ungerechtigkeit und die brutale Armut, in der Frankreich zu seiner Zeit lebte, von dem falschen Konzept des Geldes als 'Reserve des Wertes' oder des 'Reichtums' kam. Dieses Konzept des Geldes, das seine Hortung erlaubte und den Verkehr stillstehen ließ - neben einer Finanzpolitik und Zolltarifen, die irrational und willkürlich waren -, rief einen Widerspruch in der Frage des Handels hervor und daraus folgend, die Lähmung des Wirtschaftssystems und die Beendigung der Einnahmen, wie Boisguillebert in (dem Buch, d.V.) „Detail“ bemerkte.

„Alle Einkünfte der Industrie hören völlig auf und das Geld, das für so viele zum Einkommen wird, wie es Schritte macht, während es niemals aus den starken Händen geht (d.h. - fetten Geldbeuteln), beendet seinen gewöhnlichen Lauf; das bringt das Land in eine Lähmung aller seiner Mitglieder und macht, daß ein Staat notleidend ist inmitten eines Überflusses aller Arten von Vermögen. Dies sind die Auswirkungen, die die Armen als erste empfinden und die sich dann unmerklich auf alle anderen Staatsmitglieder übertragen.' ...

In einem anderen Abschnitt der 'Kritik der politischen Ökonomie' zieht Marx die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß B. zeigt, daß das Geld ein 'Perpetuum mobile' sein muß, damit der wirtschaftliche Gang von Käufen und Verkäufen nicht unterbrochen wird. ...

Schließlich, in seinem letzten Buch, nach seinem Tod veröffentlicht, und das als 4. Buch des ‚Kapital‘ dienen sollte, von Kautsky herausgegeben unter dem Titel 'Theorien über den Mehrwert', bietet Marx von Neuem mit seiner Dialektik der Gegensätze die zentrale Idee B. an, die das Geld als 'perpetuum mobile' ansieht: - 'Wenn die Ware (Gold) nicht in der Form des Geldes aus der Zirkulation sich zurückziehen oder ihre Rückverwandlung in Ware aufschieben könnte - wie beim unmittelbaren Tauschhandel -, wenn Kauf und Verkauf zusammenfielen, fiel die Möglichkeit der Krise unter den gemachten Voraussetzungen weg.'“

Diese Ausführungen sind wichtig:

1. weil Gesell seine Erkenntnisse aus der ökonomischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit ohne wissenschaftlichen Hilfsapparat gewonnen hat und nicht aus der Literatur,
2. weil sich Dogmatismus nicht mit einer freiheitlichen und wissenschaftlichen Schule verträgt (auch im sozial-ökonomischen Bereich sollten Theorien nur dann Bestand haben, wenn sie jederzeit nachvollziehbar und überprüfbar sind),
3. weil die Liberalen auf Grund der Ahnenreihe ihrer Theoretiker ein besseres Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen als Voraussetzung des Mutes zu Veränderungen entwickeln können.

Wie verheerend sich die Festsetzung herrschender Lehrmeinungen und der Ausschluß des Wettbewerbes in der Wissenschaft auswirken kann, kann gut an der Freiwirtschaftsschule, die über Jahrzehnte tabuisiert war und heute noch zum Teil ist, studiert werden. Es ist keine Propaganda, wenn von freiwirtschaftlichen Autoren gesagt wird, daß mit der Anwendung freiwirtschaftlicher Theorie die Weltwirtschaftskrise um 1930 und somit Hitler hätte vermieden werden können.

Gerhard Ziemer ist dafür mit seinem Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ einer der vielen Zeugen. F.J. Clauß weist in seinem Artikel „Indexwährung zwischen Utopie und Aporie“. veröffentlicht in der vom ifo-Institut herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaftskonjunktur“ (6/74) auf die in den zwanziger Jahren entwickelte neue Währungsordnung hin. Er schreibt: „Diese erste Indexwährungs-Konzeption war eine der größten theoretischen Fortschritte der Nationalökonomie“ ... Bei der Aufzählung der geistigen Urheber nennt er Irving Fisher an erster Stelle. Erst bei dem dritten Hinweis auf die Urheber taucht eingepackt in eine Reihe anderer Namen der Name Gesell auf. Nun muß man aber wissen, daß Fisher, der zu jener Zeit erfolgreich die Währungs- und Wirtschaftspolitik in den USA beeinflusst hat, sich als bescheidener Schüler Gesells bezeichnete. Die genannte Tabuisierung reicht also bis in unsere Zeit. Clauß schreibt weiter: „Heute sind die Erfinder der ursprünglichen Indexwährung nahezu vergessen.“

Ein anderes Beispiel: Ein freiwirtschaftlich orientierter Volkswirt, der den statistischen Nachweis erbracht hat, daß über lange Zeiträume hinweg ein Zusammenhang zwischen Zinsniveau und Konjunkturlage besteht und damit eine These der Freiwirtschaftsschule bestätigt, erhielt von seinem Arbeitgeber, der Bundesbank (LZB) nicht die arbeitsrechtlich erforderliche Zustimmung zur Veröffentlichung seiner Untersuchung.

„Die Welt“ berichtete in ihrer Ausgabe vom 24.01.1978 über das 25-jährige Jubiläum der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), auf der auch der Nobelpreisträger von Hayek sprach. In dem Bericht heißt es: „Wolfgang Frickhöffer, Vorsitzender der ASM, bezeichnete die soziale Marktwirtschaft als 'das humanste, freiheitlichste, für Veränderung offenste, am wirksamsten klassenüberwindende Konzept, das es gibt'. Dynamik und Innovation seien nirgend so gut gesichert wie in der Marktwirtschaft, ‚wenn man sie nur voll zum Zuge kommen ließe'.“

Das hört sich gut an. Bis auf die Beifügung „sozial“ kann ich den Text voll unterstreichen. Wissen muß man nur, daß die ASM von dem Freiwirt Otto Lautenbach gegründet wurde, daß Frickhöffer die Leitung der ASM auf Grund der Förderung durch Lautenbach übernehmen konnte und daß nach dem Tode von Lautenbach die freiwirtschaftlichen Gedanken, die unverzichtbar sind oder neu erfunden werden müssen, wenn die Marktwirtschaft voll zum Zuge kommen soll, aus der ASM verbannt wurden.

Ich habe nun wohl genug Ihre Geduld in Anspruch genommen. Wenn die Feststellung eines Sozialdemokraten, der mir neulich gestand, die Mitglieder der FDP seien diskutierfreudiger als seine Genossen, bestätigt werden soll, dann stimmen Sie der Veröffentlichung meines Manuskriptes „Arbeitslosigkeit ...“ und der Veröffentlichung dieser Ausführungen zu.

Eines möchte ich Ihnen noch mit auf den Weg geben. Wenn Wirtschaftspolitiker glauben, Politik zu machen, dann sind sie immer der Gefahr ausgesetzt, nur herrschende Lehr-Meinungen zu repetieren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ende „Plädoyer ...“ (Abschrift 2/2001, neu Formatiert 3/2004 // Tippfehler und Zeilenumbruch berichtigt: 12/2008 TA)